Beschlussvorlage

Drucksachen-Nr. 0489/2010
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr	16.11.2010	Beratung
Haupt- und Finanzausschuss	09.12.2010	Beratung
Rat der Stadt Bergisch Gladbach	14.12.2010	Entscheidung

Tagesordnungspunkt A 14

III. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach -Friedhofssatzung-

Beschlussvorschlag:

Die III. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach -Friedhofssatzung- wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.

Sachdarstellung / Begründung:

Bei diesem Änderungsvorschlag zur Friedhofssatzung handelt es sich neben redaktionellen Änderungen (§ 10 Abs. 1; § 23) wesentlich um die Ergänzung der auf den Friedhöfen geltenden Verhaltensregeln und um die Aufnahme von Sanktionsregelungen bei Verstößen dagegen.

1. Verhaltensregeln für die städtischen Friedhöfe

Es ist eine zunehmende Anzahl von Beschwerden trauernder Angehöriger zu verzeichnen, die sich mit Recht darüber beklagen, dass sehr häufig in krasser Weise gegen das Gebot der Würde des Ortes verstoßen wird. Die Feststellungen der Friedhofsverwaltung ergaben u.a.:

- Friedhofswege werden ohne Genehmigung der Friedhofsverwaltung und oft in rücksichtsloser Weise mit Fahrzeugen und Transportmitteln aller Art befahren. Dabei werden die Sicherheit der Besucher und deren Anspruch auf ungestörte Trauer gefährdet.
- Hunde werden vermehrt nicht angeleint, belästigen andere BesucherInnen, stören die Friedhofswürde und beschädigen Gräber durch ihr Scharren. Auf der Freifläche eines Friedhofes findet sogar gruppenweises Hundetraining statt.
- Insbesondere ältere Menschen werden durch „Grufties“ (Angehörige einer jugendlichen Subkultur mit Hang zum Okkulten und einer gewissen Todessehnsucht, die sich durch dunkle Kleidung, bleich geschminkte Gesichter, schwarz gefärbte Haare und dem Hören einer eigenen Musikstilrichtung darstellt) erschreckt und angepöbelt, vor ihren Augen werden Gräber beschädigt oder als Platz zum Feiern benutzt.

Durch Öffentlichkeitsarbeit und eine Pressekampagne wurde darauf hingezielt, verstärkt Verständnis für die Belange trauernder Angehöriger zu wecken - mit leider nur mäßigem Erfolg.

Die Polizei bemüht sich zwar, in den geschilderten Fällen Amtshilfe zu leisten, jedoch waren ihre Bemühungen bislang relativ ergebnislos. Die Einsatzkräfte verfügen über keinerlei Sanktionsmöglichkeit, da die jetzige Friedhofssatzung keinen Ordnungswidrigkeitenkatalog enthält. Daher konnte es bisher lediglich bei bloßen Ermahnungen bleiben mit der Folge, dass das ungebührliche Verhalten verstärkt fortgesetzt wird. Aus diesem Grund wird in der III. Nachtragssatzung zur Friedhofssatzung der § 34 „Ordnungswidrigkeiten“ eingefügt. Dieser Paragraph ermöglicht es den Polizisten in Zukunft gegen oben geschilderte Verstöße vorzugehen.

2. Verhalten der auf den Friedhöfen tätigen Dienstleister

In den letzten Jahren ist vermehrt festzustellen, dass Grabsteine durch ihre fehlende Standfestigkeit nicht verkehrssicher sind, sodass es durch die Umsturzneigung zu Gefahren

für die körperliche Unversehrtheit von FriedhofsbesucherInnen und des Friedhofspersonals kommt.

Seit Inkrafttreten der EU-Dienstleistungsrichtlinie ist zu verzeichnen, dass sich ohne die verbindlich vorgegebene vorherige Anzeige Personen an solchen Grabmalen zu schaffen machen, die nicht in der Lage sind, den für diese Arbeiten zwingend vorgeschriebenen Sachkundenachweis zu führen. Dieser Personenkreis reicht vom Hausmeisterservice über Gartenbaubetriebe bis hin zum Heimwerker. In der Folge hat die Friedhofsverwaltung in erheblich zunehmendem Umfang mit Ordnungsverfügungen und Zwangsmitteln zu reagieren. Diese sind in aller Regel leider gegen den Auftraggeber, also den Inhaber des Grabes, zu richten, der als Laie seinen Reparaturauftrag gutgläubig erteilt hat, der Friedhofsverwaltung gegenüber aber allein für den Zustand seines Grabes haftet. Dieser rechtliche Zustand ist äußerst unbefriedigend, zumal die Betroffenen verständlicherweise häufig bereits durch ihre Trauer emotional stark belastet sind.

Ein Ordnungswidrigkeitenverfahren würde sich hauptsächlich gegen den tatsächlich Handelnden richten können und der Friedhofsverwaltung ein taugliches Werkzeug geben, Dienstleistern ihre Pflichten zur zeitigen Anzeige anstehender Arbeiten und zur Führung des Sachkundenachweise nachhaltig zu verdeutlichen.

Zum direkten Vergleich des bisherigen und des anzupassenden Satzungsrechts liegt dieser Vorlage neben dem Satzungstext eine Synopse bei.